

Erzähler vom Westermwald

Hachenerberger Tageblatt

Tägliche Nachrichten
für die Gesamtinteressen des Westermwaldgebiets

Mit der Monatsbeilage: Ratgeber für
Landwirtschaft, Obst- und Gartenbau.
Druck und Verlag der Buchdruckerei
Th. Kirchhölzl in Hachenburg.

Mit der achtseitigen Wochenbeilage
„Mittleres Sonntagsblatt“.
Aufsicht für Drahtnachrichten:
Erzähler Hachenburg, Fernruf Nr. 72

Er erscheint an allen Werktagen.
Bezugspreis: vierteljährlich 1.50 M.,
monatlich 50 Pfg. (ohne Bringerlohn).

Hachenburg, Montag den 13. März 1916

Anzeigenpreis (zahlbar im voraus):
die sechsgepaltene Zeile oder deren
Raum 15 Pfg., die Restzeile 40 Pfg.

8. Jahrg.

Kriegs-Chronik

Wichtige Tagesereignisse zum Sammeln.

10. März. Deutsche Seeflugzeuge greifen im Schwarzen Meer nordöstlich von Krim einen russischen Schiffsverband mit mehreren an und erzielen mehrere Treffer, ohne selbst Schaden zu erleiden. — An der englischen Ostküste laufen der englische Zerstörer „Coquette“ und das englische Torpedoboot 11 auf Mine, wobei 4 Offiziere und 41 Mann ertrinken.

11. März. Schiffsregimenter stürmen mit geringen Verlusten hart ausgebaute Stellungen nordwestlich von Reims einer Breite von etwa 1400 Meter und einer Tiefe von 11,7 Kilometer. 12 Offiziere und 725 Mann werden unverwundet gefangen.

Ein letzter Versuch.

Die Denkschrift, die unsere Regierung in diesen Tagen durch den Grafen Bernstorff dem Staatssekretär der Vereinigten Staaten überreichen ließ, redet in aller ihrer schlichten Aufzählung der Tatsachen, angefangen von der englischen Ablehnung der Londoner Seerechtsdeklaration bis zur deutschen Denkschrift vom 8. Februar über die Verletzung der Neutralität durch die Seemächte, eine berechnete, immer im Laufe dieser langen Kriegsmomente wiederholt sich das selbe Spiel, daß England sich verweigert, die Rechte der Neutralen tatsächlich hinwegzulassen, um Deutschland erst zu Wasser und dann auch zu Lande von jedem Verkehr mit der Außenwelt abzusperren, daß die Proteste der Neutralen, insbesondere der Vereinigten Staaten, gegen diese Rechtsbrüche wirkungslos verhallen, soweit England und seine Verbündeten in Frage kommen, daß Deutschland dagegen sich bereit erklärt, ihnen Rechnung zu tragen, vorausgesetzt, daß auch von der Gegenseite entsprechend verfahren wird, und darüber hinaus in der Führung des Untersee-Krieges den amerikanischen Wünschen nach mehreren Richtungen tatsächlich entgegenkommt, um seinen redlichen Willen zur Aufrechterhaltung der hundertjährigen freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern außer Zweifel zu stellen. Nun hat aber der britische Befehl an die Kapitäne der angeblich nur zur Verteilung bewaffneter Handelschiffe zum angriffsweisen Gebrauch der Geschütze in Verbindung mit der Führung falscher Flaggen dem Volk den Boden ausgeschlagen, und jetzt steht Deutschland, wie die Denkschrift zusammenfassend hervorhebt, vor der Entscheidung:

a) daß eine völkerrechtswidrige Blockade (vergl. amerikanische Note an England vom 5. November 1915) seit einem Jahr den neutralen Handel den deutschen Häfen fern hält und Deutschlands Ausfuhr unmöglich macht.

b) daß völkerrechtswidrige Verschärfungen der Kontenbanden-Bestimmungen (siehe amerikanische Note an England vom 5. November 1915) seit einem Jahr den für Deutschland in Frage kommenden Seeverkehr der neutralen Handelsländer verhindern.

c) daß völkerrechtswidrige Eingriffe in die Post (siehe amerikanisches Memorandum an England vom 10. Januar 1916) jede Verbindung Deutschlands mit dem Ausland zu verhindern streben.

d) daß systematisch gesteigerte Vergewaltigung der Neutralen nach dem Grundgesetz „Macht über Recht“ den Verkehr mit Deutschland über die Landgrenzen unterbindet, um die Hungerblockade der friedlichen Bevölkerung der Zentralmächte zu vervollständigen.

e) daß Deutsche, die von unseren Feinden auf See angegriffen werden, ohne Rücksicht darauf, ob Kämpfer oder Nichtkämpfer, der Freiheit beraubt werden.

f) daß unsere Gegner ihre Handelschiffe für den Angriff bewaffnen und dadurch die Verwendung des U-Bootes nach den Grundätzen der Londoner Deklaration unmöglich gemacht haben (siehe deutsche Denkschrift vom 8. Februar 1916).

Das englische Weißbuch vom 5. Januar 1916 über die Unterbindung des deutschen Handels rühmt, daß durch diese Maßnahme Deutschlands Ausfuhrhandel fast völlig unterbunden, seine Einfuhr vom Belieben Englands abhängig gemacht ist. Die Kaiserliche Regierung darf hoffen, daß gemäß den freundschaftlichen Beziehungen, die in einer hundertjährigen Vergangenheit zwischen den beiden Völkern bestanden haben, der hier dargelegte Standpunkt trotz der durch das Vorgehen unserer Feinde erschwerten Verhandlung zwischen beiden Völkern von dem Volk der Vereinigten Staaten gewürdigt werden wird. So schließt die Denkschrift.

Die deutsche Regierung wendet sich also mit diesen Darlegungen an das Volk der Vereinigten Staaten, dessen parlamentarische Vertretung jedoch für oder gegen Wilson zu entscheiden hätte, eine endgültige Stellungnahme aber verweigerte, wie sie mit ihrer Denkschrift vom 8. Februar und den mittlerweile in der Bundeshauptstadt eingetroffenen Anlässen die Regierung des Landes von der Notwendig-

keit und auch von der Rechtmäßigkeit ihrer neuen Anweisungen an die U-Bootkommandanten zu überzeugen suchte. Ob sie mit diesen Bemühungen Erfolg haben wird, steht nicht in unserer Macht; die Amerikaner sind frei und unabhängig in ihrem Urteil, an das wir mit der einfachen Aufzählung unanfechtbarer Tatsachenstoffs, unsere Gegner mit Lügen und Verleumdungen, offenen und heimlichen, appellieren. Sie können sich nun entscheiden und danach das Verhalten der maßgebenden Herren des Weißen Hauses bestimmen.

Die Denkschrift schließt ohne jeden Hinweis auf die Zukunft, im Unterschied von der Mitteilung an die amerikanische Regierung und an die übrigen neutralen Mächte vom 8. Februar. Der Reichstag tritt in den nächsten Tagen wieder zusammen und wird nun auch feierlich zu allen diesen Dingen, die während seiner Vertagung gespielt haben, das Wort nehmen.

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

+ Im königlichen Schloß Bellevue bei Berlin fand am 11. März die Kriegstraumung des Prinzen Joachim von Preußen mit der Prinzessin Marie Auguste von Anhalt in Gegenwart der Kaiserin, des Herzogs und der Herzogin von Anhalt, sowie der nächsten Angehörigen des Brautpaares statt. Der Kaiser war durch Anwesenheit im Felde verhindert, an der Feier teilzunehmen.

+ An die Unfindbarkeit der Kriegsanleihe bis 1924 haben sich in einzelnen Fällen ganz grundlose Besorgnisse geknüpft. Es sei darauf hingewiesen, daß diese Klänge nur die Bedeutung hat, daß das Reich vor dem 1. Oktober 1924 die Anleihe nicht kündigen und also auch den Zinsfuß nicht herabsetzen kann, auch wenn es — beispielsweise durch eine erhebliche Kriegsschädigung — dazu instand gesetzt werden sollte. Sie dient demnach nur dem Vorteil des Zeichners, dem sie den Genuß des ungewöhnlich hohen Zinsfußes von 5 % bis 1924 sichert, während er nicht etwa für diese Zeit auf die Verfügung über sein Kapital verzichtet, sondern seine Anleihe verkaufen oder verpfänden und überhaupt darüber wie über jedes andere Wertpapier jederzeit verfügen kann. Nur der Schuldbuchzeichner, der dafür aber auch die Anleihe um 20 Pf. billiger erhält, unterwirft sich einer Sperre bis zum 1. Oktober 1917, von der jedoch bei triftigen Gründen in entgegenkommender Weise abgesehen werden soll. Selbstverständlich sind alle deutschen Kriegsanleihen mündelicher und nehmen als solche Werte den ersten und vornehmsten Rang ein.

+ Es ist wiederholt auf das Gefährliche hingewiesen worden, deutsche Ausweispapiere — Militärpässe, Reisepässe, Heimatscheine, Geburtszeugnisse u. dergl. — ins Ausland zu senden. Die Gefahr besteht darin, daß solche Papiere dem feindlichen Nachrichtendienst in seine Hände gespielt werden oder doch tatsächlich in seine Hände gelangen, und daß sie dann zur Ausstattung von Spionen benutzt werden, die mit ihrer Hilfe als Deutsche unsere Grenze überschreiten. Derartige Sendungen müssen daher unterbleiben. Dies gilt insbesondere auch von Sendungen nach Amerika, da, wie bekannt, die amerikanische Post von den Engländern abgefangen und beschlagnahmt wird.

Schweden.

+ In deutlicher Abwehr gegen die andauernden englischen Vergewaltigungsversuche hat die Regierung dem Reichstag einen Gesetzentwurf unterbreitet, nach dem übereinkünftig, die das Recht, Waren auszuführen oder einzuführen, beschränken, ohne Genehmigung der Regierung ungültig sind, falls die Beschränkungen dem Interesse eines fremden Landes dienen. Zuwiderhandelnde werden zu Gefängnis oder Geldstrafe verurteilt. Wer bei einer im Interesse eines fremden Landes ausgeübten Aufsicht über schwedische Handelsverhältnisse mitwirkt, wird gleichfalls zu Gefängnis oder Geldstrafe verurteilt.

Türkei.

+ In Konstantinopel ist nunmehr die nach Eintritt der Türkei in den Krieg vollzogene Abkehr von der französischen Mitverwaltung am Bankwesen endgültig geworden. Philipp Arslan, ein Oesterreicher, der einwilligen den Franzosen Aboumeau in der Direktion der „dette publique ottomane“ vertrat, wurde zum Generaldirektor ernannt; der Deutsche Dr. Voelker ist Generalsekretär und Riza Bey Direktor geworden.

Amerika.

+ Zu den Unruhen in Mexiko, die zum Einmarschieren amerikanischer Truppen auf mexikanisches Gebiet geführt haben, wird gemeldet, daß im Kampf mit Anhängern des gegen die Regierung Carranzas aufständischen Generals Villa 100 Mexikaner und 16 Amerikaner und Zivilpersonen gefallen sind. Außerdem hatten die Mexikaner 200 Verwundete. Die Amerikaner waren fünf Meilen auf mexikanisches Gebiet vorgedrungen, sind aber wieder auf amerikanischen Boden zurückgekehrt. Die amerikanische Regierung will das Eingreifen amerikanischer Truppen nicht als kriegerische Handlungen gelten lassen, sondern lediglich als Verfolgung von Räubern, die sich der lokalen Gewalt entziehen haben. — Am amerikanischen Kongreß ist

eine Resolution in Vorbereitung, die der Regierung zur Umverteilung einer Armee von 500 000 Mann zur Intervention in Mexiko und zur Unterstützung der dortigen Staatsgewalt bei der Ausrottung der Räuberei Vollmacht erteilt. Der republikanische Abgeordnete Mondell leitete im Repräsentantenhaus die Erörterung darüber mit einem Angriff auf die Mexiko-Politik des Präsidenten Wilson ein.

Aus In- und Ausland.

Berlin, 11. März. Der bisherige portugiesische Gesandte Professor Dr. Sidonio Paes ist von hier abgereist. Auf dem Bahnhof hatten sich mehrere Berliner Freunde des Gesandten, ferner als Vertreter des Auswärtigen Amtes Wirklicher Legationsrat v. Radomsky eingefunden. Dr. v. Paes nahm sehr bewegt Abschied.

Berlin, 12. März. Am Dienstag, also am Tage vor dem Beginn der neuen Reichstagsstagung, findet eine Besprechung der Führer aller Fraktionen des Reichstages mit dem Reichsführer statt.

Berlin, 12. März. Die Fortschrittliche Volkspartei hat im preussischen Abgeordnetenhaus zum Kultusetat folgenden Antrag eingebracht: Die königliche Staatsregierung zu ersuchen, an der Universität Berlin baldigst einen Lehrstuhl für ungarische Sprache und Geschichte einzurichten.

Berlin, 11. März. Mitte April wird eine Anzahl deutscher Reichstagsabgeordneter aller Parteien eine Studienreise nach Bulgarien unternehmen, der auch eine mehrtägige Fahrt durch Mazedonien folgen soll.

Nierlohn, 11. März. Ein ungenannter Bürger stiftete 100 000 Mark zur Unterstützung der Kinder gefallener Krieger.

Berlin, 12. März. Der Postverkehr zwischen Deutschland und Portugal ist gänzlich eingestellt und findet auch auf dem Wege über andere Länder nicht mehr statt.

München, 12. März. Im Finanzausschuß bezeichnete der Kriegsminister die militärische Lage als durchaus befriedigend. Es liege in der Natur der Kämpfe, wie sie bei Verdun geführt wurden, daß ihre Entwicklung Zeit in Anspruch nähme. Dem weiteren Gang der Ereignisse dürfe man mit ruhiger Zuversicht entgegensehen.

München, 12. März. Der Finanzausschuß der Abgeordneten-Kammer hat einen Antrag des Zentrums angenommen: Die Staatsregierung ist zu ersuchen, im Bundesrat darauf hinzuwirken, daß bei der bevorstehenden Beschließung neuer Einnahmequellen im Reich jeder weitere Eingriff der Reichsregierung auf dem Gebiete der direkten Besteuerung vom Vermögen der Einkommen vermieden wird, und daß den Bundesstaaten die Möglichkeit, auch in Zukunft ihren wichtigen kulturellen Aufgaben gerecht zu werden, ungehindert erhalten bleibt.

Rotterdam, 12. März. Aus Konstantinopel wird hierher gemeldet, daß der bisherige amerikanische Botschafter Morgenthau, der sich auf besonderen Wunsch Wilsons nach Amerika begeben hat, nicht mehr auf seinen Posten zurückkehren werde. (Hier handelt es sich wohl um eine Vermutung.)

Sofia, 12. März. Der neue deutsche Gesandte Graf v. Oberndorff ist mit dem Balkanzug hier eingetroffen.

Stockholm, 12. März. Die Königin, die seit Mitte Januar wegen ihres Gesundheitszustandes das Zimmer nicht verlassen durfte, mußte in den letzten Tagen das Bett hüten, da sich Anzeichen eines Bronchialkatarrhs bei ihr zeigten.

Rotterdam, 12. März. Infolge des auch in Frankreich herrschenden Papiermangels haben fast alle Pariser Zeitungen in gemeinsamem Abkommen beschlossen, von jetzt ab nur noch vier Seiten, statt wie bisher sechs Seiten stark zu erscheinen.

Rotterdam, 11. März. Trotz der Gerüchte, daß die belgische Grenze wieder geöffnet sein soll, wird aus sicherer Quelle mitgeteilt, daß sie noch immer geschlossen ist und auch noch längere Zeit geschlossen bleiben wird.

Lissabon, 12. März. (Gavasmeldung.) Die deutschen Diplomaten sind ohne Zwischenfall in Richtung Madrid abgereist.

Der Krieg.

Tagesbericht der deutschen Seeresleitung.

WTB Großes Hauptquartier, 12. März. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz

Nordwestlich von Neuville sprengten wir mit Erfolg und besetzten die Trichter.

In der Gegend westlich der Maas mülte sich der Feind unter starken Verlusten in gänzlich erfolglosen Angriffen gegen unsere neuen Stellungen ab. Auf den Höhen östlich des Flusses und in der Woerpre-Ebene blieb die Gefechtsaktivität auf mehr oder minder heftige Artilleriekämpfe beschränkt. — Die in den Berichten vom 29. Februar und 4. März angegebenen Zahlen an Gefangenen und Leute für die Zeit seit Beginn der Ereignisse im Maasgebiet haben sich mittlerweile auf 430 Offiziere, 26 042 Mann an un-

Churchill aus dem Militärdienst treten will, um sich ganz dem Parlament zu widmen.

Paris, 12. März. Hier lassen einzelne englische Schiffahrtsgesellschaften Plakate anbringen mit der Ankündigung, daß ihre Schiffe unter amerikanischer Flagge fahren.

London, 12. März. Der Flottenkorrespondent der „Times“ schreibt anlässlich des Untergangs mehrerer Schiffe in der Nordsee infolge von Minenexplosionen, daß es den Anschein habe, als ob die neue deutsche Vorgehensweise dahin hinauslaufe, daß durch Schiffe wie die „Möve“ und durch neuere große Unterseeboote Minen gelegt werden.

Von freund und feind.

(Allelei Draht- und Korrespondenz-Meldungen.)

Gallieni meldet sich krank.

Paris, 11. März.

Der „Matin“ ist zu der Mitteilung gekommen, daß Kriegsminister General Gallieni leidend sei. Diese Meldung des „Matin“ wird von der halbamtlichen Agence Havas verbreitet. Sie darf als der Vorbote einer Meldung vom Rücktritt Gallienis angesehen werden.

Gestern wachte der Mailänder „Secolo“ zu berichten, daß Gallieni mit irgendeiner geheimnisvollen Mission betraut werden solle, die ihn nötigen würde, aus dem Ministerium zu scheiden. Heute erzählt ein Genfer Franzosenblatt, daß eine Unstimmigkeit zwischen Gallieni und der Kammer wegen Auslegung des Drückerbergergesetzes bestehe. Welche Lesart auch zutreffend sein mag — richtig ist unbedingt, daß Gallieni — diese stolze Säule und hehre Stütze der französischen Kriegspartei — aus seinem Amte scheiden muß.

Wie groß sind die französischen Verluste?

Amsterdam, 11. März.

In einer Geheimfugung der Armeekommission im Palais Bourbon soll Kriegsminister Gallieni dieser Tage folgende Angaben über die französischen Gesamtverluste bis zum 1. März 1916 gemacht haben:

800 000 Tote, 1 400 000 Verwundete (hierunter 400 000 Schwerverwundete), 300 000 Vermisste, (wovon unter vor allem Gefangene zu verstehen sind), zusammen also 2 500 000 Mann.

Für den 1. März stimmt die Zahl der Gefallenen sicher nicht. Denn 800 000 Tote waren bereits Ende Januar d. Js. an verstreuter Stelle der Pariser „Temps“ angegeben. Die Mitteilungen Gallienis sollen — leicht begreiflich! — einen niedrigen, trübenden Eindruck gemacht haben. Manche Deputierte konnten den Hinweis nicht unterdrücken, daß der englische Bundesgenosse in derselben Zeit nur 600 000 Mann Gesamtverluste hatte, d. h. Abgänge an Toten, Verwundeten und Gefangenen. Die Gegenüberstellung dieser Zahlen ließ auch die blindesten Anhänger Britanniens verstummen.

Die verheirateten Engländer sträuben sich.

Rotterdam, 11. März.

Die bombastischen Schwüre der britischen Regierung, bei Einführung der allgemeinen Dienstpflicht verheiratete Leute nicht einzustellen, haben sich bekanntlich in Dunst aufgelöst. Daß darob die verheirateten Dienstpflichtigen nicht rosigere Laune find, läßt sich denken. Wie hiesige Blätter aus London melden, wurden im ganzen Lande Protestversammlungen gegen die Einberufung der Verheirateten abgehalten. Eine Versammlung von 700 verheirateten Männern fand in Southport in Lancashire statt, in der gegen den Bruch des von der Regierung gegebenen Versprechens Widerstand angekündigt und Verbot aufgefordert wurde, zurückzutreten.

Das Blatt „Manchester Guardian“ meint, die verheirateten Männer bräuchten sich durch ihren Widerstand in einen zweifelhaften Ruf. Es ist in aller Welt herrscht die Meinung unter anständigen Menschen vor, derjenige bringe sich in schlechten Ruf, der ein freiwilliges Versprechen bricht wie die englische Regierung, nicht derjenige, der auf der Erfüllung des gegebenen Wortes besteht. Britische Moral kann auch in diesem Falle anders herum und das Kriegsamt läßt verstanden, es werde mit der Einberufung der Verheirateten fortgefahren.

Japanische furcht vor U-Booten.

Osaka, 11. März.

Während man sich in England noch immer bemüht — freilich mit bangender Seele — die starke Wirkung der U-Bootbedrohung abzuleugnen, ziehen japanische Reedereien die richtigen Folgerungen. Aus Tokio wird gemeldet, daß die japanische Dampfschiffahrtsgesellschaft Nippon-Yusen Kaisha ihren Dienst nach Europa eingestellt hat, weil die Versicherungsgesellschaften sich weigerten, das Risiko zu übernehmen. Die japanische Regierung aber will für die Fortsetzung des Dienstes keinen Beitrag zahlen. Was man ihr schließlich nicht verdenken kann.

Liebhaber für holländische Kolonien.

Wien, 11. März.

Japan, das der Koalition England-Frankreich-Rußland zu dem Zwecke beitrug, um zunächst die deutsche Kolonie Kiautschou sich anzueignen, verspürt, dem Beispiel seiner Bundesgenossen nachweisend, weiteren Appetit nach fremdem Gut. Das „Neue Wiener“ bringt einen Auszug aus einer Veröffentlichung des früheren japanischen Ministers Yasuhiro Taketomi, eines in Tokio angelegenen und einflussreichen Staatsmannes. Der Verfasser befürwortet darin die unter Umständen durch eine Schutzherrschaft zu verhängende Annexion der niederländischen Inseln Sumatra und Java nach der Befreiung von Java und Sumatra die Sundastrasse besitzend, so könnte sich keine fremde Flotte den Weg nach Ostasien erzwingen. Holland ist also gewarnt, die Entente würde schließlich seine Rechte ebenso hoch achten, wie diejenigen des so vorzüglich beschützten Griechenlands.

Volks- und Kriegswirtschaft.

* Zur Woll- und Wäschebeschlagnahme. Amisch wird mitgeteilt: 1. Das Auswaschen von wollenen und halb-wollenen Stoffen (sogenanntes Entgerbern) ist nicht als Veredelung anzusehen und daher gestattet. 2. Auch Stoffe, die an sich als Wäschevorwand verwendbar sind und die nur eine für Wäschevorwand ungeeignete Appretur erhalten haben, gelten als Wäschevorwand im Sinne der Gruppe IV und VI der Über-

sichtstafel. 3. Die als Beispiel zur Untergruppe: Stoffe zur Krankenbekleidung der Gruppe IV genannten Regattas gelten auch dann als beschlagnehmbar, wenn sie unter 200, jedoch über 130 Gramm wiegen, da sie auch als Leibwäschevorwand in Betracht kommen.

* Die gewerbliche Verarbeitung von Rohharz ist durch Bundesratsbeschluss vom 9. März ausschließlich den Kriegsausfuhr für pflanzliche Öle und Fette übertragen. Dieser hat es übernommen, die Harzgewinnung aus einheimischen Kiefernwäldern zu fördern und das Harz der deutschen Industrie zu angemessenen Preisen zur Verfügung zu stellen. Für die Gewinnung von Rohharz bleibt jedoch ein besonderer Anreiz durch die vom Kriegsausfuhr in Aussicht genommene Preisstellung bestehen.

* Einfuhr von Fettsäuren, Rad und Firnis. In Ansehung des Handels bestehen Zweifel, ob Fettsäuren, Rad und Firnis der Bundesratsverordnung vom 4. März betr. Einfuhr von pflanzlichen und tierischen Ölen und Fetten unterliegen. Durch die angezogene Bundesratsverordnung wird verfügt, daß sämtliche aus dem Ausland eingeführten pflanzlichen und tierischen Öle und Fette sowie Seifen nach Eingang im Inland dem Kriegsausfuhr für Öle und Fette unter Angabe der Menge, des bezahlten Einkaufspreises und des Aufbewahrungsortes anzumelden sind. Zuwiderhandlungen werden laut Paragraph 2 der Bundesratsverordnung mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark bestraft. Zur Befestigung der oben genannten Zweifel muß nachdrücklich darauf hingewiesen werden, daß laut Paragraph 1 der Ausführungsbestimmungen zur Bundesratsverordnung vom 3. März 1916 auch sämtliche Fettsäuren, Rad und Firnis der Anmeldepflicht unterliegen.

Lokales und Provinzielles.

Werkblatt für den 14. März.

Sonnenaufgang	6 ²⁰	Monduntergang	4 ¹³ B.
Sonnenuntergang	6 ⁰⁰	Mondaufgang	12 ²² B.

Vom Weltkrieg 1915.

14. 3. Im Westen scheitern Angriffe der Franzosen in der Champagne unter schweren Verlusten für den Feind. — Nach Mitteilung der englischen Admiralität versenkte das deutsche Unterseeboot „U 9“ vier englische Schiffe. Auch ein französisches Schiff wird torpediert und sinkt. — In den Karpaten werden heftige Angriffe der Russen zurückgeschlagen.

1803 Dichter Friedrich Gottlieb Klopstock gest. — 1804 Komponist Johann Strauß geb. — 1819 Schriftsteller Theodor Hebbel geb. — 1854 Mediziner Paul Ehrlich geb. — 1864 Fürstin Marie Anna zu Schaumburg-Lippe geb. — 1883 Sozialist Karl Marx gest. — 1891 Politiker Ludwig Windthorst gest. — 1899 Politiker Ludwig Bamberger gest.

□ Die Zeitung spricht zu den Lesern wohl nur dann einmal von sich selbst, wenn die neue Bezugszeit herannaht. Sonst redet die Zeitung nur von den Interessen anderer. Von öffentlichen Dingen und Fragen des Gemeinwohls, besonders in dieser Kriegszeit. Bei dem geradezu stürmischen Begeh nach der Zeitung in der Gegenwart, möchte mancher Leser glauben, der Zeitungsherausgeber befände sich in der glücklichen Lage eines Kriegslieferanten, der große Gewinne einheimisch. Diesem Irrtum, wo er besteht, entgegenzutreten, sehen sich nun leider in ganz Deutschland die Verleger genötigt, denn sie befinden sich im Gegenteil in wirklicher Kriegsbedrängnis. Die sogar seit Kriegsbeginn zur Einstellung von mehr als 2000 Zeitungsbetrieben — die Fachzeitschriften eingerechnet — in Deutschland geführt hat. Die geschäftlichen Ankündigungen in den Zeitungen haben seit Beginn des Krieges nachgelassen. Das ist für die Verleger ein schwerer Nachteil. Schlimmer noch drücken den Zeitungsverleger aber die um nahezu 50 % gestiegenen Papierpreise, die Preissteigerungen für alle Druckmaterialien, die höheren Löhne für das in Folge der Einberufungen nicht einmal immer vollwertige Arbeiterpersonal usw. Der Mehraufwendungen für den Nachrichtendienst gar nicht zu denken. Wie alle Lebensbedürfnisse im Preise höher gestiegen sind, so kommen auch die Zeitungsbesitzer um die Bezugspreis-erhöhung für ihre Blätter nicht herum, obgleich sie die ihnen erwachsenen Kosten nicht entfernt ausgleichen können. Wenn nun auch wie alles andere die Zeitungen teurer werden, wird der Leser sich den angeführten nachdrücklichen Gründen sicher nicht verschließen.

Hachenburg, 13. März. Die Werbung für die 4. Kriegsanleihe hat überall begonnen. Abweichend vom seitherigen Verfahren, wonach nur von hundert Mark ab gezeichnet werden konnte, sollen diesmal auch kleinere Summen angenommen werden. Diese kleinen Summen — von 1 Mark ab — werden gesammelt und für einen ganzen Ort, für eine Schule, Verein zu einer Sammelzeichnung benutzt. Diese Sammelbeiträge werden aber nicht, wie die Kriegsanleihebescheine selbst auf 10 Jahre festgelegt, sondern nur auf 3 Jahre nach Friedensschluß. Die Vergütung auch der kleinen Sammelbeiträge erfolgt ebenfalls mit 5 Prozent. Jeder Einzahler erhält statt einer Reichsschuldscheinbescheinigung eine besondere Urkunde. Für jede Gemeinde sind Vertrauenskommissionen bestellt, die ihre Sammelstätigkeit in den ersten Tagen beginnen werden. Die gesammelten Beiträge werden spätestens am 21. 3. an die Hauptsammlerstelle eingezahlt und von dieser für die Zeichnung benutzt. Durch diese Sammlung soll es Jedem, der nicht im Stande ist, größere Summen zu zeichnen, ermöglicht werden, sich mit kleineren Beträgen, seien es auch nur 10, 15, 20 Mark, zu beteiligen und so mitzuwirken, in dieser unblutigen Schlacht im Lande selbst einen vollen Sieg davon zu tragen.

† Das Eisenerne Kreuz 2. Klasse wurde verliehen: Dem Ersatzreserveoffizier Wilhelm Venner von Dellingen, dem Unteroffizier Josef Frensch von Höhn-Schönberg, den Gefreiten August Wüst und Johann Schneider, beide von Salz, dem Kanonier-Gefreiten Friedrich Schütz von Stockhausen-Ilstuth, dem Richtkanonier-Gefreiten Kaspar Schaaf von Meudt, dem Gefreiten Adam Wolf von Berod (Kreis Westerburg) und dem Landsturmrekruten Peter Malm von Werth. Mit dem Eisernen Kreuz 1. Klasse wurde der Staatskonmissar bei der Handwerks-

kammer in Wiesbaden, Regierungsrat Welter, zurzeit als Rittmeister mit der Führung einer Kavallerieabteilung auf dem östlichen Kriegsschauplatz beauftragt, ausgezeichnet.

Aus dem Oberwesterwaldkreis, 13. März. (Auszug aus den amtlichen Verlustlisten). Heinrich Oberender, Altstadt (1. Komp. Reserve-Inf.-Rgt. 25), verwundet. Wilhelm Zeuner, Marzhausen (7. Komp. Inf.-Rgt. 188), leicht verwundet. Wilhelm Hoffmann, Hachenburg (4. Komp. Inf.-Rgt. 365), schwer verwundet.

Vom Westerwald, 11. März. Der Vorstand des Konsumvereins Westerwald, der seinen Sitz in Marienberg hat und im Oberwesterwaldkreis etwa 30 Verkaufsstellen unterhält, veröffentlicht jetzt die Bilanz für die Zeit vom 1. August 1914 bis 31. Juli 1915. Während dieser Zeit traten der Genossenschaft 108 Mitglieder bei, 40 traten aus oder verstarben, so daß die Mitgliederzahl 1891 beträgt, mit einer Kassasumme von 56 730 Mark. Der festgelegte Rabatt für den Warenumsatz beträgt 15 000 M. und der Reingewinn aus 1914/15 5 952,37 M.

Montabaur, 11. März. Wie das „Kreisblatt“ aus zuverlässiger Quelle erfährt, wird vom 1. April d. Js. ab das zweite Ersatzbataillon des Infanterie-Regiments Nr. 81 von Gelnhausen und Umgebung mit je zwei Kompanien nach Montabaur und Birges verlegt und bezieht die bisherigen Quartiere des Landsturm-Infanterie-Ausbildungs-Bataillons XVIII 49 Montabaur, welches zum 31. März d. Js. aufgelöst wird.

Frankfurt a. M., 10. März. Auf dem Hauptbahnhof kamen gestern zwei Matrosen von der „Möve“ an. Das Publikum bereicherte den Felden herzliche Ehrungen. Ein Herr nahm die Wackeren mit in den „Heffischen Hof“ und ließ ihnen hier ein Mahl bereiten. Auch später in der Stadt waren sie Gegenstand größter Aufmerksamkeit, so daß sie sich kaum der sie umdrängenden Menge erwehren konnten.

— Das Sendenberg'sche Museum hat die kostbare Bogelsammlung des 1914 verstorbenen Grafen Hans v. Berlepsh, um deren Erwerb sich besonders das Ausland, vorab Amerika, stark bemüht hat, gekauft und dadurch Deutschland erhalten. Die Sammlung umfaßt mehr als 55 000 Bälge; ihren wissenschaftlichen Wert bedingen jedoch in erster Linie die Originalstücke der etwa 300 neuen Arten, die von dem Grafen beschrieben worden sind.

Nah und fern.

□ Ehrenpreis für Kapitänleutnant Mücke. Die Jahresversammlung des Kaiserlichen Jachtklubs in Kiel nahm mit Begeisterung den Vorschlag des Vorstandes an, den ersten der drei ausgezeichneten Lourenpreise des Klubs für die schönste und bestgelungene Fahrt dem Führer S. M. S. „Ayeiba“, Kapitänleutnant Mücke, zuzuerkennen.

□ Die Gründung eines mitteleropäischen Lehrervereins ist von einer Vertreterversammlung des deutschen Lehrervereins und des deutsch-österreichischen Lehrerbundes in Breslau beschlossen worden. Es soll ein engerer Zusammenschluß beider Verbände und die Bildung eines Ausschusses der mitteleropäischen Lehrervereine aller Volkstämme zur Förderung der Volkserziehung in ganz Mitteleuropa möglichst bald herbeigeführt werden.

□ Keine Osterliebesgaben an die Front! Die Heeresverwaltung macht darauf aufmerksam, daß bei voller Anerkennung der Opferfreudigkeit der Bevölkerung besondere Osterliebesgaben-Sendungen aus Anlaß des bevorstehenden Osterfestes nicht zugelassen werden können. Sie würden eine außerordentliche Belastung der Verkehrsmittel zur Folge haben, die unbedingt vermieden werden muß. Aber auch im Interesse der zurzeit gebotenen Sparamkeit wäre es unwirtschaftlich, aus Anlaß dieses Festes leicht verderbliche Dinge, wie Eier, Wurstwaren usw. zu verschicken.

□ Ein Mindestfahrpreis von 15 Pfennig für die elektrischen Straßenbahnen erließ der Verein Deutscher Straßen- und Kleinbahnverwaltungen. Begründet wird diese Absicht, die jedenfalls in der eben in Berlin begonnenen außerordentlichen Tagung des Vereins zum Beschluß erhoben wird, mit der großen Vermehrung der Betriebskosten.

□ 500 Flaschen Salvarian verlangte ein geheimnisvoller Herr in einer Berliner Apotheke und zwar ohne ärztliches Attest. Den Angestellten erschien die Sache verdächtig, sie benachrichtigten die Behörde und es stellte sich heraus, daß der Salvarianeinkäufer der portugiesische Gesandtschaftssekretär war. Er hatte offenbar in gutem Glauben gehandelt, mußte aber ohne Salvarian abreisen. Salvarian wird allein in Deutschland fabriziert und ist im Ausland, wo es trotz aller Versuche nicht hergestellt werden kann, ein äußerst begehrter Artikel. Selbstverständlich ist bei Ausbruch des Krieges sofort ein Ausfuhrverbot für Salvarian erlassen worden. Gleichzeitig wurde es verboten, dieses Heilmittel überhaupt an Ausländer zu verkaufen.

□ Ein nobler Bürgermeister ist das Ortsoberrhaupt von Obernee bei Bayreuth, Andreas Mäkel. Ihm ist aus Anlaß seiner 40jährigen Amtstätigkeit das Luitpoldkreuz verliehen worden. Den Vertretern der Gemeinde, die ihm hierzu gratulierten, machte er die Mitteilung, daß er das volle Gehalt, das er während der 40 Jahre von der Gemeindefasse bezogen hätte, der Gemeinde zum Geschenk mache. Nun wird zwar die Bürgermeisterei in Obernee nicht gerade fürstlich bezahlt, aber immerhin sind es 70 Mark pro Jahr, also 70×40 gleich 2800 Mark. Die Zinsen von dieser Summe, die in der Gemeindefasse verbleibt, sollen zu Wegeverbesserungen verwendet werden.

Die Abneigung gegen Pferdefleisch ist in England bekanntlich größer als in allen anderen Ländern. Und doch wird es dort jetzt außerordentlich viel verwendet. Auf der Jahresversammlung einer großen englischen Lebensmittelfabrik teilte die Verwaltung mit, daß seit einiger Zeit Pferderauschfleisch und Pferdewurst in den Handel gebracht werden, die vom Publikum wegen ihrer Billigkeit stark gekauft werden. — Der Krieg hat eben den Engländern den normalen Fleischkorb auch höher gehängt! In Deutschland wird noch immer nicht mehr Pferdefleisch wie vor dem Kriege gegessen.

